



Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen

## WIR KÄMPFEN MIT EUCH FÜR GUTE ARBEIT UND AUSBILDUNG IN NRW

„[...] Die Arbeitswelt verändert sich in hohem Tempo. Die Digitalisierung ist aus keinem Lebensbereich mehr wegzudenken und verändert die Welt, in der wir leben, in einem dramatischen Tempo. Der technologische Wandel der Arbeitswelt beschleunigt sich massiv – getrieben vor allem durch datenbasierte Geschäftsmodelle und die Künstliche Intelligenz.

Arbeit verändert sich mit neuen Berufsbildern, Arbeitszeitmodellen und Qualifikationsanforderungen. Das eröffnet für viele große Chancen und auch neue Arbeit. Es führt aber auch dazu, dass Menschen Sorge haben, ihren Arbeitsplatz zu verlieren oder nur noch schlecht bezahlte und unsichere Arbeit zu finden. Die Erwartung an Arbeit, Arbeitszeiten und Weiterbildungsphasen und ihre Vereinbarkeit mit den jeweiligen Lebensentwürfen und aktuellen Lebenslagen verändert sich. Es ist Zeit für eine grundlegende Erneuerung der Absicherung von Arbeit.

Deutschland ist und bleibt eine Arbeitsgesellschaft. Durch den technologischen Wandel wird uns die Arbeit nicht ausgehen, sie wird sich nur stark und immer schneller verändern. Unsere Antwort darauf ist das „Recht auf Arbeit“. Das bedeutet, dass sich die Solidargemeinschaft dazu verpflichtet, sich um jeden Einzelnen zu kümmern und jedem Arbeit und Teilhabe zu ermöglichen ...

Aus diesen Gründen ist es richtig, den Sozialstaat neu zu denken und zu modernisieren. Die Grundpfeiler unseres Sozialstaatsversprechens sind Arbeit, Solidarität, und Menschlichkeit. [...]“

*SPD Parteitag Berlin, 6.-8. Dezember 2019, Auszüge aus: „Arbeit – Solidarität – Menschlichkeit: Ein neuer Sozialstaat für eine neue Zeit“*

### Werktage müssen besser werden - natürlich ökologisch und sozial gerecht!

Ziel der Afa NRW ist es: mit der Umsetzung unserer Forderungen Arbeiten und Leben im Betrieb, in der Kommune und im Land NRW zu gestalten. Die Afa bringt ihre Forderungen in die SPD ein. In den Wahlkämpfen setzt sich die Afa dafür ein, Mehrheiten für die Durchsetzung ihrer Forderungen zu gewinnen.

Die Afa unterstützt die Arbeit der Interessensvertretungen in Verwaltungen, Betrieben und Unternehmen (Betriebs- und Personalräte, Jugend- und Auszubildendenvertreter, Aufsichtsräte, Schwerbehindertenvertreter) und ihrer Gewerkschaften.

#### April 2021:

Der Landesvorstand der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD NRW hat unter dem Motto „Werktage müssen besser werden – natürlich ökologisch und sozial gerecht“ beschlossen, sich in einer Kampagne für gute Arbeit und Ausbildung in NRW einzusetzen.

Anfang 2021 haben wir unsere Kampagne mit einer Initiative zur Abschaffung der sachgrundlosen Befristung von Arbeitsverhältnissen begonnen. Mit einem Antrag an den Landesparteitag im März 2021 forderten wir die Unterstützung der SPD zur Umsetzung des Koalitionsvertrages.

Mit „12€ mindestens“ treten wir aktiv am 1. Mai und im Bundestagswahlkampf auf.

Wir weisen in Aktionen und Materialien daraufhin, dass „Gute Arbeit“ auch in der Kommune geht.

Weitere Aktivitäten mit anderen Arbeitsgemeinschaften, den Afa-Unterbezirken und Afa-Betriebsgruppen sind in Vorbereitung.

Mit unseren Aktivitäten wenden wir uns insbesondere an die Menschen in den Betrieben und Verwaltungen, an ihre Betriebs- und Personalräte und an ihre Gewerkschaften. Ihnen wollen wir in Politik und Gesellschaft einen größeren Raum schaffen, damit Werktage für alle besser werden!

Anja Butschkau, MdL,  
Vorsitzende Afa NRW

#### AFA NRW UND AG60+ AKTIV:

### Soziale Sicherheit im Alter statt Arbeiten bis zum Umfallen!

In der Krise muss sich der Sozialstaat bewähren und damit das Vertrauen in Staat und Demokratie sichern. Das gilt nicht zuletzt für das Thema Rente. Viele Menschen haben Sorge, (Fortsetzung auf Seite 2)

(Fortsetzung von Seite 1)

im Alter finanziell nicht über die Runden zu kommen. Angesichts der Lage auf dem Arbeitsmarkt, vieler prekärer Arbeitsverhältnisse, niedriger Löhne gerade für Frauen, ist das sicher nicht unberechtigt. Aber diese Ängste werden von interessierter Seite geschürt, mit scheinbar plausiblen Argumenten. Vom Kampf der Alten gegen die Jungen ist da oft die Rede, von Lasten, die den Jungen aufgebürdet würden, damit die Älteren komfortabel leben können. Und das passende Rezept wird gleich mitgeliefert.

„Wenn wir länger leben, sollten wir doch auch länger arbeiten, sonst ist die Rentenversicherung bald finanziell am Ende.“ Diese Behauptung findet in der Öffentlichkeit, in den Medien und vor allem im Unternehmerlager breite Unterstützung. Die Forderung „Arbeiten quasi bis zum Umfallen“ ist zynisch. Deshalb lehnen wir eine pauschale Verlängerung der Lebensarbeitszeit ab. Denn eine weitere Heraufsetzung der Altersgrenze würde für hunderttausende eine Kürzung ihrer Rentenansprüche bedeuten: Für diejenigen, die es schon heute nicht schaffen bis „65 plus“ zu arbeiten, mit weiter steigendem Renteneintrittsalter würden es umso mehr.

Freiwillig kann heute schon jede/r solange arbeiten, wie er oder sie will. Eine generelle Erhöhung des Renteneintrittsalters würde aber gerade zulasten der sozial Benachteiligten gehen. Denn Lebenserwartung und damit die Frage, wie lange überhaupt Rente bezogen wird, hängen auch sehr stark vom sozialen Status und vom Lebensstandard ab. Es wäre also eine erneute Verteilung von unten nach oben. Statt Rentenpolitik auf Kosten der Gesundheit brauchen wir mehr flexible und sozial abgesicherte Optionen für den Übergang in den Ruhestand. Wer ernsthaft die Chancen auf einen längeren Verbleib älterer Arbeitnehmer im Betrieb erhöhen wolle, muss einiges bei den Arbeitsbedingungen verbessern. Auch hier gilt: Gute Arbeit ist eine entscheidende Stellschraube für eine ordentliche Rente.

### **Zusammenhalt zwischen den Generationen mit vereinten Kräften für eine gute Rente**

Gerade die aktuelle Situation zeigt, wie notwendig solidarische Sicherungssysteme sind, in die alle einbezogen werden, unabhängig von sozialen Lagen, Erwerbsbiografien und Einkommen. Auch für die Altersversorgung ist schwer vermittelbar, warum sich einem Pflichtsystem – das die gesetzliche Rentenversicherung letztendlich ist – bestimmte Personengruppen entziehen können.

## **Sachgrundlose Befristung abschaffen!**

Bei den Koalitionsverhandlungen im Bund 2018 haben wir als SPD aus Arbeitnehmer\*innensicht einen großen Erfolg verbuchen können. So einigten sich SPD und die Union darauf, den ersten Schritt auf dem Weg zur Beseitigung sachgrundloser Befristung zu machen. So soll die Anzahl der befristet Beschäftigten in Unternehmen mit mehr als 75 Beschäftigten auf 2,5% begrenzt werden.

Doch leider gerät dieses Projekt ins Schwanken. Denn bis heute gibt es keine Bewegung bei dem Thema. Aus Sicht der Bundesregierung müsse dieses sozialdemokratische Projekt wegen der Corona-Pandemie hinter den Maßnahmen zur Stabilisierung des Arbeitsmarktes und der Abmilderung sozialer Folgen zurückstecken. Eine Entscheidung, die wir als AfA NRW nicht akzeptieren werden. Denn gerade in Zeiten der Corona-Pandemie wird es für Arbeitnehmer\*innen mit befristeten Verträgen besonders schwer. Gerade sie wird die Krise besonders treffen. Sie sind in den Betrieben die ersten, die bei Stellenstreichungen gehen müssen.

Deshalb machte die AfA NRW in einem Antrag an den Landesparteitag am 6. März 2021 deutlich: Die SPD muss weiter dafür kämpfen, dass sachgrundlose Befristungen schon bald der Vergangenheit angehören!

## **Lohn: 12 Euro mindestens—sofort!**

Zum 1. Januar 2015 wurde der allgemeine gesetzliche Mindestlohn in Deutschland eingeführt. Damals lag er bei 8,50 Euro, zum 1.1.2021 stieg er auf 9,50 Euro brutto pro Zeitstunde.

Die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns war ein Erfolg der Gewerkschaften. Sie war nötig, um die sinkende Tarifbindung und damit die Abkopplung der untersten Einkommen von der allgemeinen Lohnentwicklung zu stoppen. Stundenlöhne von 5 Euro und darunter waren vorher keine Seltenheit, und vier Millionen Beschäftigte hatten mit der Einführung des Mindestlohns sofort mehr Geld im Portemonnaie - zum Teil bis zu 20 Prozent. Trotz mehrerer Erhöhungen ist der Mindestlohn nach wie vor nicht auf einem existenzsichernden Niveau. Deshalb fordert die AfA NRW, den Mindestlohn zügig auf 12 Euro brutto je Zeitstunde zu erhöhen. Zukünftig dürfen keinerlei Entgeltbestandteile auf die Zahlung des Mindestlohns angerechnet werden. Nur so kann der gesetzliche Mindestlohn vor Amut schützen, auch im Alter. Außerdem müssen die im Gesetz festgelegten Ausnahmen für Langzeitarbeitslose, Jugendliche unter 18 und freiwillige Praktika während der Ausbildung bzw. des Studiums abgeschafft werden.

Um dem millionenfachen Mindestlohnbetrug schlagkräftig entgegenzutreten, sind eine Reihe von Maßnahmen nötig:

- deutlich mehr Kontrollen
- Kontrollen besser koordinieren, z.B. bei Arbeitszeit und Arbeitsschutz
- Pflichten zur Aufzeichnung der Arbeitszeiten ausweiten
- Strafen für kriminelle Arbeitgeber drastisch erhöhen
- Beschäftigte besser über aktuelle Höhe des Mindestlohns informieren.

Vizekanzler Olaf Scholz hat mit Bundesarbeitsminister Hubertus Heil am 7. März 2021 in einem gemeinsamen Eckpunktepapier angekündigt, den gesetzlichen Mindestlohn bis 2022 auf 12 Euro anheben zu wollen.

### **Impressum:**

Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der NRWSPD  
Vorsitzende: Anja Butschkau  
Werdener Straße 4, 40227 Düsseldorf

